

Querbrief



MILITARISIERT ODER ZIVILISIERT?

Vernetzte Sicherheit

Wir scheuen keine Konflikte

Guinea – Spinnennetz des Friedens

1/2011

Inhalt

Editorial 3

Ulrich Frey

Zivile Konfliktbearbeitung und vernetzte Sicherheit

Ansätze für einen kritischen Diskurs aus zivilgesellschaftlicher Sicht 4

Herbert Sahlmann

Ziviles und/oder militärisches Engagement

Zwei Leitgedanken und der Fall Afghanistan 8

Jasmina Barckhausen

„Mom ku Mom“ – Hand in Hand

Zusammenarbeit und Versöhnung bewaffneter und unbewaffneter Gruppen 10

Susanne Souaré

Guinea – Spinnennetz des Friedens

Friedensarbeit in Zeiten extremer Gewalt 12

Martin Nambula

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben ...

Das Problem der Spoiler 14

Catharina Hopp

Das Friedenshandwerk lernen

Ausbildungsmöglichkeiten in Methoden ziviler Konfliktbearbeitung 17

Martin Zint

„Wir scheuen keine Konflikte“

Kampagnen zur Förderung ziviler Konfliktbearbeitung 18

25 Jahre Querbrief 19

WFD-News 20

Diese Saat geht auf! Ein neues WFD-Projekt in Sambia 24

Da wird auch dein Herz sein –

33. Deutscher Evangelischer Kirchentag vom 1.–5. Juni in Dresden. Der WFD wird dabei sein – Sie auch?

Wer vorbeischaun möchte, findet uns auf dem Volksfestplatz in der Pieschener Allee, Zelt V4, Stand H12. Wir freuen uns außerdem über Unterstützung bei der Betreuung des Standes. Bei Interesse erteilt Martin Zint, 030 25399018, zint@wfd.de, nähere Auskünfte.



Herausgeber: WELTFRIEDENSDIENST e.V., Hedemannstraße 14, D-10969 Berlin, Telefon: (030) 25 39 90-0, Fax (030) 251 18 87, www.wfd.de, info@wfd.de
Der Verkaufspreis der Zeitschrift beträgt 2,60 Euro. Mitglieder erhalten sie kostenlos.

Redaktion: Catharina Hopp, Sabine Rösler, Helge Swars, Martin Zint (presserechtlich verantwortlich).

Online-Ausgabe: www.querbrief-online.de

Satz- und Bildbearbeitung: Harald Weller.

Druck: Oktoberdruck, auf FSC-Papier.



Liebe Leserin, lieber Leser,

dieser Querbrief greift die spannende Frage auf: Wie kann sinnvolles Handeln in internationalen Konflikten aussehen? Schon die Frage scheint etwas Besonderes zu sein, denn Öffentlichkeit und Politik fordern im Konfliktfall alternativlos militärisches Eingreifen. Das ließ sich gerade wieder angesichts der Eskalation der Gewalt bei der Niederschlagung des Volksaufstandes in Libyen beobachten. Die furchtbare Situation wird aber in der Regel nicht besser sondern schlimmer, wenn die Eskalation weiter vorangetrieben wird. Die Situation in Irak oder Afghanistan sind Beispiele dafür. Es wäre schon viel geholfen, wenn wir in Krisen erst einmal grundsätzlich fragen würden: Wie werden wir der gegebenen Situation am Besten gerecht? Sehr viel öfter als gemeinhin vermutet wird die Antwort lautet: durch Maßnahmen der zivilen Konfliktbearbeitung. Die Berichte aus der Arbeit des WFD geben dazu hoffentlich Anstöße, z. B. jener von Friedenskomitees in Guinea, die in einer kritischen Situation unter Einbeziehung von Militärs die Eskalation der Gewalt verhinderten.

Die Einsicht in die Begrenztheit militärischer Mittel bei der Lösung von Konflikten reicht inzwischen bis weit in militärische Kreise. „Vernetzte Sicherheit“ heißt ein vieldiskutierter Begriff, der das Zusammenspiel militäri-

scher und ziviler Akteure beschreiben soll. Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und FDP vereinbart: „Wir bekennen uns zum Ansatz einer vernetzten Sicherheitspolitik. Dies erfordert moderne und leistungsfähige Streitkräfte und geeignete zivile Instrumente zur internationalen Konfliktvorsorge und -bewältigung“. Von den einen wird dies als Aufwertung der Bedeutung ziviler Methoden der Konfliktbearbeitung gedeutet, andere sehen eine Ein- oder gar Unterordnung des zivilen in ein militärisches Gesamtkonzept. Das widerspräche den Grundgedanken der zivilen Konfliktbearbeitung.

Ulrich Frey hat sich der nicht ganz einfachen Aufgabe gestellt, den Begriff kritisch zu beleuchten. Er hinterfragt die offizielle Rhetorik von der ‚Vernetzten Sicherheit‘ und die drohende Instrumentalisierung ziviler Akteure zur Erreichung politischer Ziele. Die zahlreichen, für den Querbrief untypischen, Fußnoten sollen es Ihnen ermöglichen, zentrale Punkte im Original nachzulesen oder weiterführende Literatur zu finden. Keineswegs sind sie als Anspielung auf eine kürzlich Wellen schlagende Plagiatsaffäre zu verstehen.

Sehr handfest wird die Debatte über das Verhältnis von zivilem und militärischem Eingreifen in Afghanistan. Hier lässt sich schon am Einsatz finan-

zieller Mittel eine klare Prioritätensetzung ablesen. Unser Mitglied Herbert Sahlmann konnte in seiner beruflichen Tätigkeit tiefen Einblick in die Lage in Afghanistan gewinnen. Sein Beitrag zeigt u. a., dass unkonventionelle Ideen, wie die zum Dialog mit den Taliban, durchaus zur Erreichung von politischen Zielen (den Operationsraum für Al Kaida begrenzen) geeignet sind. Theaterpädagogische Friedenskarawanen, wie die in Guinea Bissau, können solche unkonventionellen Ideen unters Volk bringen und den Methodenschatz der zivilen Konfliktbearbeitung verbreiten.

Schon Wilhelm Busch hatte erkannt, dass der Frömmste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Die Friedens- und Konfliktforschung befasst sich deshalb besonders mit der Frage des Umgangs mit Störern in Friedensprozessen. Martin Nambula, Politologe und derzeit Praktikant beim WFD hat zentrale Gedanken zu dem Thema zusammengefasst.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre



Bildnachweis: Titelbild: Ein Militärangehöriger arbeitet an der Einfassung der Friedensquelle in Bissau. Jasmina Barckhausen: 1, 11, 12, 13, 14; Martin Zint: 2, mara ~earth light~/Flickr: 4; Frits Ahlefeldt/Flickr: 6, 7, 15; Paul Downey/Flickr: 6; ISAF Public Affairs: 9, 10; Susanne Souaré: 14; Helge Swars: 16; WFD-Archiv: 19; Carola Gast: 23.

Zivile Konfliktbearbeitung und Vernetzte Sicherheit:

Ansätze für einen kritischen Diskurs aus zivilgesellschaftlicher Sicht

Summary:

Ziele: Zivile Konfliktbearbeitung will Kriege verhindern und dort, wo Konflikte trotzdem gewaltförmig eskalieren, sie beenden, Sicherheit wiederherstellen und die Ursachen und Folgen der Gewalt nachhaltig beseitigen. Dies gilt auch angesichts neuer Bedrohungsszenarien wie Staatszerfall, nichtstaatlichen Gewaltakteuren, Privatisierung von Gewalt, Terrorismus usw. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) stellt das Friedensgebot der Verfassung neben die Verteidigungsbereitschaft mit Streitkräften. Dagegen steht eine andere verfassungsrechtliche Sicht, die das Friedensgebot des Grundgesetzes als Verpflichtung zur Gewaltfreiheit versteht.

Sicherheitsbegriff: „Sicherheit“ kann unter Rückgriff auf nationale Interessen als „Souveränität und Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes“ verstanden werden. Heikel scheint die Darstellung Deutschlands als Opfer von Krisen oder als Helfer in Krisen. Als Mitverursacher für Unsicherheit werden Deutschland bzw. der Westen ausgeblendet. Der Sicherheitsbegriff wird zur „Legitimationsgrundlage einer weit gefassten Sicherheitspolitik“, auch zur Abwehr nicht-militärischer Bedrohungen. Z. B. für die militärische Sicherung von Handelsinteressen oder der Energieversorgung. Das hat auch Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit, die einer so verstandenen Sicherheitspolitik untergeordnet werden könnte.

Alternativen: Gegen das Sicherheitsverständnis der vernetzten Sicherheit steht das Verständnis der „menschlichen Sicherheit“ (human security, UNDP 1994), das auf den einzelnen Menschen fokussiert, nicht auf den Staat. Wer in der öffentlichen Auseinandersetzung den Ansatz der „Vernetzten Sicherheit“ ablehnt und gegen ihn im Sinne der zivilen Konfliktbearbeitung eine friedenspolitische Wende hin zu einem „Vorrang für zivil“ anstrebt, sollte eine konstruktive Alternative nennen. Hier bietet sich das **Leitbild des gerechten Friedens** an, das im christlich-ökumenischen Bereich theologisch entwickelt wurde, aber über den Bereich der Kirchen hinaus friedensethisch anschlussfähig ist.

Ulrich Frey

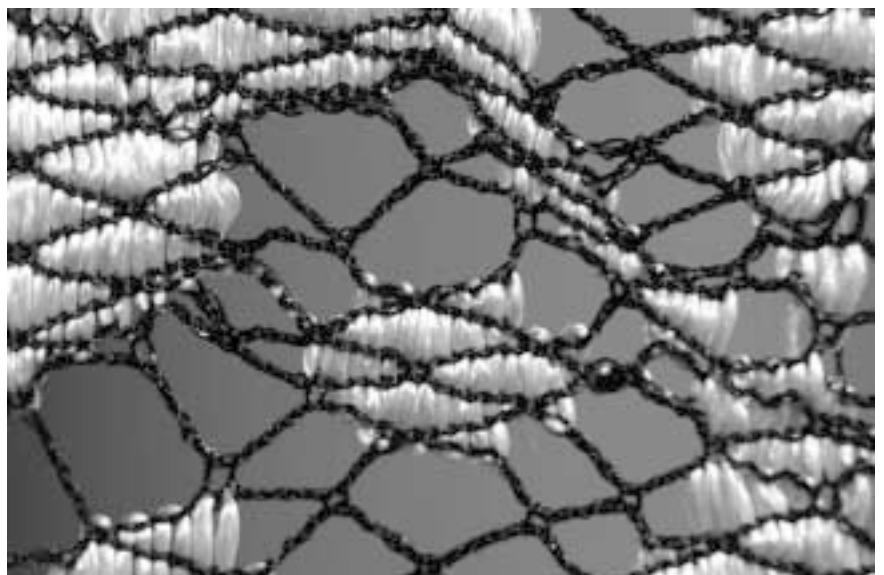
Anlass für diesen Text ist das Ergebnis der Gruppe „Bestandsaufnahme, vernetzte Sicherheit“ beim Open Space im Rahmen der Jahrestagung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung am 1. Mai 2010 in Berlin. Die Gruppe stellte fest, dass es in der Plattform bisher keinen systematischen Diskurs zu dem von der Bundesregierung angewandten friedenspolitischen Ansatz der „vernetzten Sicherheit“ gibt. Diese Leitlinie widerspreche den Grundgedanken der zivilen Konfliktbearbeitung. Die Gruppe sah es deshalb als notwendig an, die Plattform auf einen kritischen Diskurs und eine Auseinandersetzung zur „vernetzten Sicherheit“ vorzubereiten. Notwendig sei eine Analyse der Begrifflichkeit von „vernetzter Sicherheit“, der ihr zugrundeliegenden Normen und ihrer friedenspolitischen Tauglichkeit.

1. Was ist zivile Konfliktbearbeitung?

„In einem ganz einfachen Sinne lässt sich ‚Zivile Konfliktbearbeitung‘ einer militärischen Konfliktbearbeitung gegenüberstellen. Mit dieser Vorstellung

verbunden ist zumeist die Ablehnung aller militärischen Mittel in jeglichem Konfliktgeschehen oder zumindest der begründete Zweifel, ob sich mit militärischen Maßnahmen ein stabiler Frieden erreichen lässt. Zivile Konfliktbearbeitung bemüht sich um Nachhaltigkeit und erfordert dauerhafte Arrangements zur Verhinderung von Gewalt.“ (Christoph Weller)¹

„Allgemein ausgedrückt sind die Aufgaben von Krisenprävention und Ziviler Konfliktbearbeitung Kriege zu verhindern und dort, wo trotzdem Konflikte zu Gewaltanwendung eskalieren, sie zu beenden, Sicherheit wiederherzustellen und die Ursachen und Folgen der Gewalt erfolgreich und nachhaltig zu beseitigen.“ (Christine Schweitzer)²



Im Einzelnen liegen laut Christine Schweitzer folgende Aufgaben für die zivile Konfliktbearbeitung an:

- Einem gewaltsamen Konflikt vorbeugen: **Prävention**;
- Eine politische Regelung eines gewaltsamen Konfliktes suchen: **Peacemaking**;
- Menschen schützen vor Gewalt und Verletzung ihrer Menschenrechte: **Peacekeeping** und menschliche Sicherheit;
- Die Ursachen von Gewalt bearbeiten: **Peacebuilding**.

2. Was ist „vernetzte Sicherheit“?

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP vom 26. 10. 2009 haben die Parteien, die die Bundesregierung bilden, zu „4. Internationale Einsätze und Instrumente deutscher Sicherheitspolitik“ (S. 115) vereinbart: „Wir bekennen uns zum Ansatz einer vernetzten Sicherheitspolitik. Dies erfordert moderne und leistungsfähige Streitkräfte und geeignete zivile Instrumente zur internationalen Konfliktvorsorge und –bewältigung sowie eine noch engere Integration und Koordinierung. In künftige Mandate für Einsätze im Ausland werden wir konkrete Benennungen der zu leistenden Aufgaben sowie deren Zuteilung auf die verantwortlichen Ressorts aufnehmen.“ Was „vernetzte Sicherheit“ politisch will, ist erstmals im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ dargelegt worden: „Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen, die nur im multinationalen Zusammenhang beeinflusst werden können, bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung. Sicherheit kann daher weder rein national noch durch Streitkräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist.“⁴³

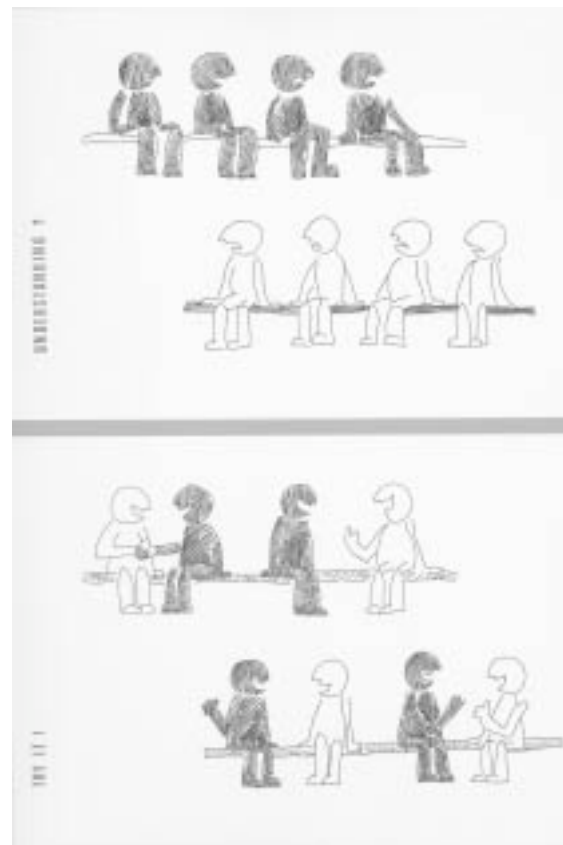
Der Ansatz der vernetzten Sicherheit ist aus Überlegungen zur Transformation des Sicherheitssektors angesichts neuartiger Bedrohungen (Staatszer-

fall, Bedeutungszuwachs nichtstaatlicher Gewaltakteure, Privatisierung von Gewalt, Terrorismus usw.) hervorgegangen. Anwendungsbeispiele dafür sind u. a. die Europäische Sicherheitsstrategie (2003) und die Verteidigungspolitischen Richtlinien (2003). Borchert (2004) definiert die vernetzte Sicherheit als „Länder, Akteure, Ebenen und Instrumenten übergreifende Transformation.“ „Zentral“ seien die „politische Systemkompatibilität, Zusammenarbeitsfähigkeit, Rolle der Wirtschaft und Ressort übergreifende Prozessorientierung“.⁴

3. Ansatzpunkte für einen kritischen Diskurs aus zivilgesellschaftlicher Sicht

3.1 Erhaltung der friedensethischen Hierarchie des Grundgesetzes: „Friedensgebot und Verteidigungsbereitschaft“ oder „Friedensgebot des Grundgesetzes“?

Voraussetzung einer Auseinandersetzung mit dem Ansatz der vernetzten Sicherheit ist es, die politische Zielperspektive von Friedensethik zu klären, die friedensethische Hierarchie des Grundgesetzes im Sinne seines „Friedensgebotes“ zu erhalten. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) interpretiert die sicherheitspolitische Zielperspektive des Grundgesetzes am Beispiel der Öffentlichkeitsarbeit der Jugendoffiziere in Schulen dahingehend, es umfasse „gleichermaßen *Friedensgebot und Verteidigungsbereitschaft* (Hervorhebung UF) mit Streitkräften.“ Es entspräche dem „Selbstverständnis einer Demokratie, dass ihre Sicherheit Angelegenheit des ganzen Volkes“ sei.⁵ Die Werte, auf die die Sicherheitspolitik der Bundesregierung zielt, sind in der Zentralen Dienstvorschrift Innere Führung (ZDv 10/1) vom 28. 1. 2008 zum „Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr“⁶ zitiert: „Staatszweck und Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland“ sei die Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Als „leitende Werte“ für den Auftrag der Soldaten und Soldatinnen, die „Staatsbürger in Uniform“ seien, werden „Menschenwürde, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie“ aufgeführt.



Aus der WFD-Plakataktion „Mythos Entwicklung“

Abzuwarten bleibt, welchen Veränderungen die „Innere Führung“ im Zuge der Transformation der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ und zu einer Berufsarmee unterliegt. Schon behauptet der Hamburger Historiker Klaus Naumann, „die universalistische Werteordnung des Grundgesetzes reicht nicht aus.“ Gefordert sei eine Überwindung der Alternative „Kampfkraft“ der Bundeswehr versus Staatsbürger in Uniform als „Gutmensch.“⁷ Gegen die Sicht des BMVg steht die verfassungsrechtliche Zielperspektive, die der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Helmut Simon herausgearbeitet hat: das Friedensgebot des Grundgesetzes. Es leitet sich ab aus der Zusammenschau der Präambel des Grundgesetzes und der Artikel 1 Abs. 2, 4 Abs. 3, 9 Abs. 2, 12a, 24 Abs. 2, 25, 26, 87a (Beschränkung auf „Verteidigung“).⁸ Das Friedensgebot des Grundgesetzes schreibe die gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten inner- und außerstaatlich verfassungsmäßig fest. Die „Verteidigung“ werde nur im engen Verständnis unterstützt, nicht im Sinne eines erweiterten Sicherheitsverständnisses, das die vernetzte Sicherheit anleitet.



3.2 Friedenswissenschaftliche Kritik: Was ist Sicherheit?

Sabine Jaberg stellt fest⁹, die Vernetzung von militärischen und zivilen Akteuren im nationalen und internationalen Rahmen und von zivilen und militärischen Instrumenten und Mitteln bestimme lediglich den Modus, „in dem Sicherheit organisiert werden soll“. Beschrieben werde zwar „Sicherheitspolitik“, „Sicherheit“ selbst aber werde nicht definiert, könne jedoch unter Rückgriff auf die im Weißbuch aufgeführten nationalen Interessen als „Souveränität und Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes“ verstanden werden. Das Weißbuch zählt zu den nationalen sicherheitspolitischen Interessen an sechster Stelle auch, „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes zu fördern und dabei die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen überwinden zu helfen.“¹⁰ Sabine Jaberg kritisiert die vernetzte Sicherheit auch in folgenden Punkten¹¹:

- *Theoretisch* sei die vernetzte Sicherheit nicht durchdacht. Heikel sei die „eigenbezüglige“ Rolle Deutschlands bzw. des Westens als Opfer von Krisen oder als Helfer in Krisen. Als Mitverursacher für Unsicherheit würden Deutschland bzw. der Westen ausgeblendet, z. B. würde die Raubfischerei westlicher Trawlerflotten vor den Küsten Somalias nicht als Ursache der dortigen Piraterie behandelt. Das Konzept der menschlichen Sicherheit tauche im Weißbuch nicht auf.
- *Analytisch* sei der weite Sicherheitsbegriff wenig ergiebig. Zentrale Herausforderungen wie Terrorismus oder Massenvernichtungswaffen könnten damit alleine nicht ausreichend analysiert werden. Deshalb leiste die „Versicherheitung“ eines Problems dessen Militarisierung Vorschub.

– *Strategisch* habe das Reden von vernetzter Sicherheit erreicht, das „militärische Instrument aus seinen bisherigen strikten verteidigungspolitischen Konditionierungen“ zu lösen und „ins ‚normale‘ Repertoire der Außenpolitik“ einzuspiesen, was sicherheitspolitischen Akteuren neue Handlungsräume verschaffe. Als Basis für gleichberechtigte Kooperation mit anderen Akteuren taue es nicht. Beim Dialog mit der Zivilgesellschaft gehe es „eher um einen konstruktiven Perspektivenpluralismus als um destruktive Verabsolutierung des eigenen Standpunktes“.

– *Normativ* bleibe der weite und vernetzte Sicherheitsbegriff wegen seiner Ambivalenz – auch in der Friedensforschung – umstritten. Die Gegner der vernetzten Sicherheit fürchteten „eine Militarisierung der ‚versicherheiteten‘ Sachbereiche ebenso wie eine sicherheitspolitische Zurichtung und Instrumentalisierung ziviler Instrumente (z. B. der Entwicklungszusammenarbeit).“ Lothar Brock stellt fest, der Sicherheitsbegriff sei infolge der Erweiterung des Friedensbegriffes nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes durch die Vertreter einer militärischen Sicherheitspolitik ebenfalls erweitert worden

und damit die „Legitimationsgrundlage einer weit gefassten Sicherheitspolitik“ verschafft, auch zur Abwehr nicht-militärischer Bedrohungen, z. B. für die militärische Sicherung von Handelsinteressen oder der Energieversorgung. Daraus ergebe sich auch eine „Versicherheitlichung“ der Entwicklungspolitik. Eine „systematische Klärung grundlegender Begrifflichkeiten“ sei deshalb nötig. Der Friede sei „in Verbindung mit Peace Keeping, Peace Making, Peace Missions usw. zu einem „technischen Begriff“ geworden. Brock fordert nicht nur eine Einengung des Sicherheitsbegriffes¹², sondern auch eine praktische Relevanz für die Fachöffentlichkeit, die Politik und die Zivilgesellschaft. Insbesondere für die Konzeptionierung ziviler Konfliktbearbeitung im Sinne eines „Vorranges für zivil“ könne die Wissenschaft neue Impulse geben. Es gehe um die „Befähigung zum Gewaltverzicht und um einen kritischen Umgang mit der Gewalt, die als Durchsetzung des Rechts legitimiert wird (Irak-Krieg 2003).“¹³ Einen „transformativen Ansatz“ an Stelle eines „technischen Ansatzes“ in der Konfliktbearbeitung fordern auch Simon Fisher und Lada Zimina in ihrem offenen Brief an Friedensstifter „Reine Zeitverschwendung?“¹⁴

3.3 Welches ist die Alternative zur „vernetzen Sicherheit“? Die „menschliche Sicherheit“, das Leitbild des „gerechten Friedens“?

a) Das Verständnis von „menschlicher Sicherheit“. Gegen das Sicherheitsverständnis der vernetzten Sicherheit





steht das im Sinne der „menschlichen Entwicklung“ und der „menschlichen Sicherheit“. Das Konzept der menschlichen Entwicklung (*human development*, UNDP 1990) fördert und misst die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten von Menschen national und international hinsichtlich der Entwicklung von Wirtschaft, Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik.¹⁵ Das Konzept der menschlichen Sicherheit (*human security*, UNDP 1994) fokussiert dabei auf den einzelnen Menschen, nicht auf den Staat wie frühere Verständnisse von Sicherheit und auch das der vernetzten Sicherheit. Die menschliche Sicherheit „bezieht sich sowohl auf die physische und psychische Integrität als auch auf die Würde des Menschen. Menschliche Sicherheit ist gegeben, wenn ein (menschenwürdiges) (Über-)Leben (dauerhaft ungefährdet) gewährleistet ist. Somit kann menschliche Sicherheit ebenfalls durch Krankheiten/Seuchen, Unterernährung sowie durch Umweltzerstörung gefährdet werden.“¹⁶

b) Das Leitbild des „gerechten Friedens“. Wenn man in der öffentlichen Auseinandersetzung den Ansatz der „vernetzten Sicherheit“ ablehnt und gegen ihn im Sinne der zivilen Konfliktbearbeitung eine friedenspolitische Wende hin zu einem „Vorrang für zivil“ anstrebt, muss man eine konstruktive Alternative nennen, die nicht nur verfassungsrechtlich und friedenswissenschaftlich, sondern auch normativ und praktisch-politisch begründet ist. Hier bietet sich das Leitbild des gerechten Friedens an, das im christlich-ökumenischen Bereich theologisch entwickelt wurde, aber über den Bereich der Kirchen hinaus friedensethisch anschlussfähig ist. Das Leitbild des gerechten Friedens markiert einen Paradigmenwechsel weg von der in ihren Grundlagen und historisch überlebten Lehre vom gerechten Krieg (*Si vis pacem para bellum*) hin zur *prima ratio* der Option für Gewaltfreiheit (*Si vis pacem para pacem*). Das Gegenteil von Frieden ist nun nicht mehr Krieg, sondern mit der biblisch begründeten Definition der EKD ein Prozess: „Friede ist kein Zustand (weder der bloßen Abwesenheit von Krieg, noch der Stillstellung aller Konflikte), sondern ein gesell-

schaftlicher Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit – letztere jetzt verstanden als politische und soziale Gerechtigkeit, d. h. als normatives Prinzip gesellschaftlicher Institutionen. Friedensfördernde Prozesse sind dadurch charakterisiert, dass sie in innerstaatlicher wie in zwischenstaatlicher Hinsicht auf die *Vermeidung von Gewaltanwendung*, die *Förderung von Freiheit und kultureller Vielfalt* sowie auf den *Abbau von Not (Hervorhebung UF)* gerichtet sind. Friede erschöpft sich nicht in der Abwesenheit von Gewalt, sondern hat ein Zusammenleben in Gerechtigkeit zum Ziel. In diesem Sinn bezeichnet ein gerechter Friede die Zielperspektive politischer Ethik. Auf dem Weg zu diesem Ziel sind Schritte, die dem Frieden dienen, ebenso wichtig wie solche, die Gerechtigkeit schaffen.“¹⁷

ULRICH FREY, Bad Honnef, von 1972 bis 2000 Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), derzeit Mitglied des Ausschusses für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche im Rheinland und Sprecher der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung sowie publizistisch tätig. Langjähriges Mitglied des WFD.

- 1 Christoph Weller, Was ist Zivile Konfliktbearbeitung?, in: Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (Hrsg.), Frieden braucht Gesellschaft. Gesellschaftliche Ansätze in der Zivilen Konfliktbearbeitung. Eine Bestandsaufnahme, 2003, S. 13
- 2 Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa) (Hrsg.), Erfolgreich gewaltfrei. Professionelle Praxis in ziviler Friedensförderung, Autorin: Christine Schweitzer, Stuttgart 2009, S. 7; vgl. auch: Evangelische Kirche im Rheinland (Hrsg.), Ein gerechter Friede ist möglich. Argumentationshilfe zur Friedensarbeit, Autor: Ulrich Frey, Düsseldorf, 2005, S. 42 ff.
- 3 Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 29. In ihrem Positionspapier vom 22.11.2010 „Gemeinsam für Frieden und Sicherheit“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das „Konzept der Vernetzten Sicherheit“ bestätigt. (www.cducusu.de, S. 2)
- 4 www.borchert.ch/paper/BAKS_Transformation.pdf, S. 2, sieh auch: www.crp-infotec.de/ojsipo/vernetzung/grafs/vernetztesicherheit.gif (Zugriff 29. 12. 2010)
- 5 Anlage 1 zum Jahresbericht 2009 der Jugendoffiziere „Kurzbeschreibung der Tätigkeit der Jugendoffiziere und – unteroffiziere“ vom 31. 5. 2010, Presse- und Informationsstab, Arbeitsbereich 2 Öffentlichkeitsarbeit, Punkt 1 Grundlagen
- 6 Gefunden auf <http://www.innereuehrung.bundeswehr.de> (Zugriff 29. 12. 2010)

- 7 Angelika Dörfler-Dierken, Die Rückkehr des Soldatischen. Das „Jahrbuch Innere Führung 2009“ bringt eine wichtige Diskussion in Gang, in: zur sache.bw. Evangelische Kommentare zu Fragen der Zeit, 16/2009, S. 44.
- 8 Helmut Simon, Die Friedensverpflichtung im Grundgesetz, Anmerkungen nach und zum Kosovo-Krieg, www.Friederle.de/krieg/simon.htm (Zugriff 30. 12. 2010); Dieter Deiseroth, Die zentralen Elemente des Friedensgebotes des Grundgesetzes, www.ag-friedensforschung.de/regionen/Deutschland/gg-frieden.html.
- 9 Sabine Jaberg, Vernetzte Sicherheit? Phänomologische Rekonstruktion und kritische Reflexion eines Zentralbegriffes im Weißbuch 2006, Führungsakademie der Bundeswehr – Fachbereich Sozialwissenschaften, SOW kontrovers 5, Hamburg 2009, ISSN 1612-1414, S. 7 ff.
- 10 Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006, S. 28.
- 11 Sabine Jaberg, Vernetzte Sicherheit? aaO, S. 37 f.
- 12 Lothar Brock, Wo beginnt, wo endet menschliche Sicherheit?, in: Corinna Hauswedell, Welche Sicherheit, für wen und mit welchen Mitteln? „Erweiterte Sicherheit“ und das neue Weißbuch in der Diskussion, Loccumer Protokolle 76/06, S. 25 ff.
- 13 Lothar Brock, die Herausforderungen wissenschaftlicher Forschung an der Schnittstelle von Entwicklung und Frieden: 20 Jahre INEF – eine kritische Laudatio“, in: Impulse 11/2010, www.frient.de
- 14 Bund für soziale Verteidigung, Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 27/September 2008
- 15 Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh, 2007, aaO, S. 117
- 16 Sascha Werthes, Menschliche Sicherheit – ein zukunftsfähiges Konzept?, in: Kornelia Ulbert/Sascha Werthes (Hrsg.), Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven, Nomos, 2008, S. 193; EKD, aaO, S. 118 ff.; siehe auch: Corinna Hauswedell (Hrsg.), Frieden und Gerechtigkeit? Dilemmata heutiger Friedensethik und -politik. Zur Diskussion der Denkschrift der EKD, Loccumer Protokolle 24/08
- 17 EKD aaO, S. 54, s. auch: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Gerechter Friede, Bonn, 2000

Ziviles und/oder militärisches Engagement

Zwei Leitgedanken und der Fall Afghanistan

Herbert Sahlmann

1. Zu Beginn von zivilen und/oder militärischen Interventionen von außen müssen die Ziele und Methoden der Intervention und die zur Zielerreichung benötigten personellen und finanziellen Ressourcen, sowie die Risiken der Zielerreichung klar be- und abgestimmt werden. Das gilt gleichermaßen für ziviles Eingreifen (Entwicklungszusammenarbeit) und militärische Interventionen (sog. Friedens- oder Stabilisierungseinsätze, denn Kriegseinsätze untersagt das Grundgesetz), auch wenn zivile Interventionen meist keine gravierenden Kollateralschäden mit sich bringen. Die Methoden der Zielbestimmung und Abstimmung sind bei entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen aber grundsätzlich verschieden. In der Entwicklungszusammenarbeit werden Ziele, Strategien und Mittel grundsätzlich vom Empfängerland bestimmt und die Geber passen ihre Beiträge daran an. Die Ziele und Methoden müssen zudem, wenn sie erfolgreich sein wollen, von der betroffenen Bevölkerung mit entschieden, zumindest mit getragen werden. Entwicklungszusammenarbeit erfolgt deshalb auch grundsätzlich nur auf Antrag und folgt regelmäßig dem „Do No Harm-Prinzip“. Es gibt immer eine Kosten- und Maßnahmenplanung, sowie eine Risikoeinschätzung für die Zielerreichung mit den geplanten Mitteln und oft auch schon begleitende Evaluierungen.

Militär handelt dagegen grundsätzlich nicht im Einvernehmen mit dem Gegenüber, sondern will etwas erzwingen. Um so wichtiger sind deshalb die eindeutige Bestimmung von Zielen, Methoden, Dauer und Mitteln des Militäreinsatzes und die Abschätzung der Risiken für die Zielerreichung. Bei deutschen Militäreinsätzen ist zudem ein Mandat des UN-Sicherheitsrates erforderlich, wenn es sich nicht um die unmittelbare Verteidigung des eigenen Landes handelt.



Afghanistan-Mahnwache – Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE bei der Mahnwache gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan am 3. 12. 2009.

2. Politikdialog, Entwicklungszusammenarbeit, Krisenprävention und ggf. Polizeiausbildung müssen immer Vorrang vor Militäreinsätzen haben. Auch führende Militärs stellen inzwischen fest, dass sie Frieden nicht schaffen können. Sie können allenfalls eine Atempause, ein Umfeld für Friedensentwicklung schaffen. Frieden kann nur in politisch gesellschaftlichem Dialog entstehen. Es kommt hinzu, dass Militäreinsätze immer mit immensen Kosten und meist mit Zerstörungen und Blutvergießen verbunden sind.

Der Fall Afghanistan

Eine klare Zieldefinition des deutschen und des NATO-Engagements ist im Fall Afghanistan unterblieben oder sie entsprach und entspricht nicht den wahren Zielen. Das ehemalige Mitglied des Bundestages, Jürgen Todenhöfer (CDU), spricht in einem aktuellen Spiegel-Essay (s. „Der Spiegel“ vom 7. 2. 2011) von dem „Krieg der vier Lügen“, den der Westen und die Bundeswehr in Afghanistan führen. Den „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ in Afghanistan zu

führen sei unsinnig, weil er längst nicht mehr von Afghanistan ausginge, sondern von Pakistan, dem Jemen und vielen anderen Orten der Erde. „Es ist unsere eigene Gewalt, die wie ein Bumerang als globaler Terrorismus auf uns zurückschlägt“, sagt Todenhöfer.

Im Übrigen lässt sich Terrorismus nicht mit militärischen Mitteln besiegen, man kann ihn allenfalls mit polizeilichen, judikativen und nachrichtendienstlichen Mitteln einschränken. Als Beispiele erfolgreicher Terrorismusbekämpfung seien hier die Fälle der deutschen RAF, des irischen Belfast und des Terrorismus im spanischen Baskenland genannt, bei denen nicht Militäreinsätze, sondern letztlich politisches, polizeiliches und rechtliches Vorgehen zum Frieden geführt haben. Auch die Aussage, wir verteidigten in Afghanistan die Werte unserer Zivilisation, ist falsch, weil der Westen durch gezielte Tötung und Folter in Afghanistan Menschenrechte massiv verletzt. Wir Deutschen führen jetzt Krieg in Afghanistan für unsere (Bündnis-) Interessen, ohne überhaupt zu prüfen, ob unsere legitimen Interessen nicht auch ohne Militäreinsatz gewahrt werden könnten.

Ungleiche Verteilung der finanziellen Mittel

Der vorgebliche Vorrang des zivilen Aufbaus in Afghanistan vor dem militärischen Einsatz ist dort bis heute nicht verwirklicht. Trotz Zuwachses der Entwicklungszusammenarbeit betragen die personellen und finanziellen Aufwendungen für den Militäreinsatz ein Vielfaches des zivilen Aufwands. Nach einer Studie des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) vom September 2010 (s. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 21/2010, „Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan“) betragen die Kosten des deutschen Gesamtengagements seit Beginn des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan 17,1 Mrd. Euro. Davon entfallen 15,5 Mrd. auf das Militär, knapp eine Mrd. auf die Entwicklungszusammenarbeit, rund 0,3 Mrd. auf die Außenpolitik und jeweils weniger als 0,2 Mrd. auf Sicherheit/Terrorismusabwehr und die Polizeimission. Finanzierungskosten zwischen 7 und 8,3 Mrd. Euro sind dabei lt. DIW-Studie noch nicht berücksichtigt. Auch das westliche Kriegsziel, die Rückkehr der Taliban auf Dauer mit militärischen Mitteln zu verhindern, geht an den afghanischen Realitäten vorbei.

Verschlechterte Sicherheitslage

Die frühe Aussage der Bundesregierung, die Bundeswehr solle Stabilität für die afghanische Entwicklung und ein sicheres Umfeld für die Entwicklungsfachkräfte schaffen, hat sich leider auch nicht bewahrheitet. Die Sicherheitslage, und damit die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung Afghanistans, hat sich in den meisten Teilen des Landes seit dem Beginn des militärischen Einsatzes der NATO kontinuierlich verschlechtert. Das Rezept „noch mehr Militäreinsätze“ schafft immer größere Kollateralschäden, die zu Vertrauensverlust und weiter wachsendem Widerstand in der afghanischen Bevölkerung führen. Der bisher „robuste“ Militäreinsatz der NATO hat Gegenkräfte bei Taliban in Afghanistan und bei Al Kaida-Strukturen vor allem in Pakistan mobilisiert.



Afghanistan, Februar 2011: Deutsche Soldaten empfangen ranghohe US-Militärs.

Diese haben nicht nur die Sicherheitslage für Militär, zivile Aufbaukräfte, Sicherheitskräfte und Zivilisten in jenen Ländern dramatisch verschlechtert, sondern jetzt auch nach Angaben des Bundesinnenministeriums die Situation in Deutschland wesentlich verschärft und zu erhöhten Sicherheitsmaßnahmen im Inneren geführt.

Schäden an der Zivilbevölkerung

Der militärpolitische Berater der Bundesregierung in Kabul hat schon in einem Brief vom 13. 05. 07 an den deutschen Außenminister (zitiert im ARD-Magazin MONITOR, 31. 05. 07) erklärt, es sei „unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilbevölkerung und damit erhoffte Keime einer Zivilgesellschaft bekämpfen“. Dabei „sei bekannt, dass es um die Verletzung des Kriegsvölkerrechts“ gehe. Des Weiteren heißt es: „Das Militär droht sich zu verselbständigen und von den politischen und völkerrechtlichen Vorgaben zu lösen.“ Insofern kam der deutsche Militärschlag bei Kunduz im Herbst 2009 mit über 100 meist zivilen Todesopfern nicht überraschend. Er hat zwar in Berlin zu einem politischen Rücktritt geführt, aber wie der gesamte deutsche NATO-integrierte Militäreinsatz in Afghanistan unser Ansehen in der Welt als friedensorientierte Nation schwer beschädigt.

Die Unterscheidung zwischen Freund und Feind fällt den Afghanen bereits seit Beginn des Einsatzes der Bundeswehr KSK (Kommando Sondereinsatz-Kräfte) und US-amerikanischer Truppen im Norden des Landes schwer. Auch heute noch kämpfen Bundeswehr- und US-Truppen Seite an Seite im Rahmen der amerikanisch geführten OEF (Operation Enduring Freedom), deren erklärtes Ziel die Bekämpfung des Terrorismus ist. Aufgrund dieses Engagements fällt es der Zivilbevölkerung Afghanistans zunehmend schwerer, zwischen dem Bundeswehr-Einsatz unter Kommando der ISAF (Internationale Sicherheitsunterstützungstruppen) und Kampfeinsätzen gegen Terroristen (zu denen auch die Taliban zählen) zu differenzieren. Vielmehr sehen sie nach mittlerweile neun Jahren, die keinen Frieden gebracht haben, alle NATO-Truppen zunehmend als Besatzungstruppen an und nicht mehr als Friedensbringer und Unterstützer für ihre eigene Entwicklung.

Versäumte Einbindung der Taliban

Eine neue Studie der Afghanistan-Experten Alex Strick und Felix Kuhn untermauert die These, dass ohne weiteren Militäreinsatz gegen die Taliban und den Terrorismus nach dem Fall des Taliban-Regimes 2002 – aber wohl auch heute noch – ein Friedensvertrag und eine Regierungsbildung unter Beteiligung aller Ethnien (auch



Mike Mullen, ranghöchster US-Soldat, im Gespräch mit lokalen Anführern in Afghanistan.

der Taliban) verhandelt hätten werden können. Auf diesem Weg könnten die Al-Kaida-Strukturen aus Afghanistan verbannt werden.

Die beiden Forscher, die in der süd-afghanischen Taliban-Hochburg Kandahar arbeiten, kommen lt. Süddeutscher Zeitung vom 16. 02. 11 (S. 1 „Zwist unter Waffenbrüdern“) zu folgendem Schluss: „Al-Kaida und die Taliban sind zwei verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Mitgliedern, Plänen, Ideologien und Zielen.“ Daraus folgern sie, dass es „Spiel-

raum gibt, um die Taliban dafür zu gewinnen, sich von Al-Kaida loszusagen und zu garantieren, dass internationale Terroristen Afghanistan nicht mehr nutzen können“.

Der Taliban-Anführer Mullah Omar wird aus einer Ramadan-Ansprache vom September 2010 wie folgt zitiert: „Wir wollen unsere Außenpolitik auf dem Prinzip aufbauen, dass wir anderen keinen Schaden zufügen“. Diese Aussage sollte in direkten vertraulichen Gesprächen mit den Taliban verifiziert, ein Waffenstillstand angebo-

ten und eine Machtbeteiligung im Rahmen eines politischen Runden Tisches mit allen afghanischen ethnischen Gruppen in Aussicht gestellt werden. Das könnte vielleicht dem afghanischen Volk und dem Westen einen sinnlosen weiteren mindestens dreijährigen Krieg ersparen.

HERBERT SAHLMANN, Wirtschaftswissenschaftler, ehemaliger Entwicklungsbeauftragter des BMZ für die Ostprovinzen Afghanistans und langjähriges WFD-Mitglied.

„Mom ku Mom“ – Hand in Hand

Zusammenarbeit und Versöhnung bewaffneter und unbewaffneter Gruppen

Jasmina Barckhausen

„Mom ku Mom“ – dieser mehrdeutige Name steht heute in Guinea-Bissau für ein etwas ungewöhnliches Projekt der (inter)nationalen Zusammenarbeit. Die ca. 60 Mitglieder der Partnerorganisation „Djemberem di cumpu Combera“ (DDCC) könnten unterschiedlicher kaum sein. Noch im „Krieg des 7. Juni“, der 1998 die Menschen in Bissau bis heute traumati-

sierte (siehe Querbrief 2/2010), versuchten sie sich gegenseitig im Ressourcenkampf auszusteichen. Heute geben AusbilderInnen von Militär und Polizei im DDCC ein tatkräftiges Beispiel für vertrauensvolle Zusammenarbeit und Versöhnung. VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen stehen ihnen dabei tatkräftig zur Seite.

„Mom ku Mom“ könnte auch mit „Handgreiflichkeit“ übersetzt werden, oder „eine Hand wäscht die andere“ bedeuten, hier ist jedoch das gemeinsame Zupacken gemeint. Die Redewendung beschreibt also ein soziales Übel und verweist gleichzeitig auf Wege aus der ständigen Wiederholung der Gewaltanwendung in sozialen Konflikten.

Die Friedensquelle

Ein handfestes Beispiel dafür hat Mom ku Mom im ehemaligen Konfliktgebiet der Hauptstadt Bissau entstehen lassen: Die Quelle von Brá, an der einst die Frontlinie verlief, wurde vergangenes Jahr in „Fonti di Paz“ umbenannt und von Militärangehörigen neu eingefasst. Den Gefallenen aller Kriegsparteien und den zivilen Opfern wurde damit ebenso ein Denkmal gesetzt, wie dem Leben und der Gesundheit zukünftiger Generationen. Immerhin soll die Quelle die Wasserversorgung für drei angrenzende Stadtteile sichern. Mit der „Friedensquelle“ sollten Worte der Versöhnung durch konkrete Handlungen unterstrichen werden.

Militärische Einheiten sind hier die Orte, an denen die Nation entsteht

Die bewaffneten Kräfte Guineas sind aus dem Unabhängigkeitskampf einer Befreiungsarmee hervorgegangen, und unterliegen daher einem befreienden und emanzipatorischen Gründungsmythos, dem sie auch – im Rahmen dessen, was sie als „Gewalt“ definieren, und an „Freiheit“ und „Unabhängigkeit“ für möglich bzw. wünschenswert erachten – gerecht werden wollen. Der Tradition und Geschichte ihres Kampfes treu zu sein ist innerhalb militärischer Institutionen und Körperschaften in Guinea-Bissau ein hoher Wert, der mitunter auch in die politische und wirtschaftliche Katastrophe führt. Militärische Einheiten sind hier die *Orte*, an denen die Nation entsteht, weil dort Begegnungen über verschiedene Trenngräben hinweg (Ethnien, Religionen, politische Differenzen) stattfinden.

Gemeinsame Verwaltung

Seit der vorläufigen Fertigstellung der „Fonti di Paz“ im September hat ein Komitee der AnwohnerInnen, das von Mom ku Mom betreut wird, die Verwaltung übernommen. Die vom Plenum gewählte Vertretung dieser multiethnischen NutzerInnengemeinschaft muss sich nun mit neuen Problemen



Jasmina Barckhausen (Bildmitte) mit Soldaten und Zivilisten an der Brunnen-Baustelle

herumschlagen, die sie teilweise schon kommen sahen: Es gibt Streit um den hygienisch wichtigen Abstand zum Wasserbecken beim Waschen der Wäsche und des Geschirrs. Und die Intimsphäre der Frauen beim Waschen der Körper wird nicht von allen BesucherInnen respektiert. Dennoch sind sie stolz darauf, für ein „Denkmal von nationaler Bedeutung“ verantwortlich zu sein, das von wichtigen Menschen aufgesucht wird. Neu ist, dass sie ebenfalls wichtig sind und ihre Grundbedürfnisse ernst genommen werden. Als Ende November ein Wasserhahn gestohlen wurde, fand eine Versammlung zur gemeinsamen Lösungssuche statt, an der Frauen und Männer verschiedenen Alters, Militär und Zivil, Mechaniker und Bäuerin beteiligt waren. Die Ermittlungen gegen Unbekannt wären für gewöhnlich mithilfe einer „Mandjidura“-Zeremonie geführt worden, die unweigerlich zum plötzlichen Tod des Aggressors und seiner Nachahmer geführt hätte. Aufgrund des Namens „Friedensquelle“ hat sich das Komitee dagegen entschieden. Vorsichtshalber wurde dennoch das Gerücht gestreut, es sei für allumfassenden Schutz gesorgt worden.

Die Mächte Blut und Wasser

„Es gibt“, so sagte uns der Regulo von Gabu, als wir ihm von der Friedensquelle erzählten, die zu unserer Visitenkarte geworden ist, „zwei starke

Mächte: das Blut und das Wasser. Mit dem Blut lassen sich zerstörerische Kräfte mobilisieren. Mit dem Wasser kann das Salz gelöst werden, das zurückbleibt, wenn die Tränen getrocknet sind.“

Noch vor dem Beginn der Regenzeit im Mai soll eine zweite Bauphase zur Lösung einiger der dringendsten Probleme beitragen. Der Platz rund um das 10.000 Liter Quellwasser fassende Becken wird den Bedürfnissen der NutzerInnen angepasst, indem Betonzuber mit integriertem Waschbrett in angemessener Entfernung aufgestellt werden. Eine spiralförmig gebaute Mauer soll den Duschenden einen Blickschutz bieten. Für 50 Euro im Monat könnte für einen älteren Mann ein Arbeitsplatz als Nachtwächter geschaffen werden.

Friedenskarawanen

Gegenwärtig tourt das zfd-Projekt Mom ku Mom mit „Friedenskarawanen“ durch das Land und arbeitet pädagogisch in Kasernen und Schulen an der Mobilisierung aller Kräfte für friedliche Konflikttransformation und nationale Versöhnung. In den städtischen und militärischen Zentren Gabu und Bafatá, sowie im ruralen Suzana hatten die Mom ku Mom-PädagogInnen und die Forumtheatergruppe bereits die Gelegenheit, eine „Rallye der Staatsbürgerschaft“ zu leiten, bei der jeweils 100 TeilnehmerInnen in acht Gruppen parallel arbeiten und von

einem thematischen Punkt zum nächsten weiterziehen. Nun zieht die Karawane nach Mansoa und Cantchungo weiter und verwandelt die Kasernen in einen Friedenslehrpfad, an dessen verschiedenen Stationen z. B. über die Symbole der Nation – ihre Fahne, das Wappen, die Hymne – und die Entstehung von Grenzen nachgedacht wird. Das Parlament ist dann ebenso Thema wie die Ruine des Präsidentenpalastes, oder das gemeinsame Vorbild Amilcar Cabral und seine großen Pläne für Guinea-Bissau. An einer Station der „Ralli di Cidadania“ lädt die Friedensquelle mit ihrer Versöhnungsbotschaft und der unbezweifelbaren Macht des Wassers dazu ein, einen Schritt über die eigenen Grenzen hinweg zu wagen, um auf Andere zuzugehen und die Probleme des Landes Hand in Hand zu lösen.

JASMINA BARCKHAUSEN, Europäische Ethnologin und Pädagogin, Videodokumentaristin. Arbeitet seit November 2009 im Auftrag des WFD als Friedensfachkraft in Guinea Bissau. Spendenstichwort: **Friedensarbeit**



Gruppenfoto eines friedenspädagogischen Seminars in Bissau (ganz links: WFD-Mitarbeiterin Alejandra Maass)

Guinea: „Spinnennetz des Friedens“

Friedensarbeit in Zeiten extremer Gewalt

Susanne Souaré

Als wir den ersten Versuch wagten, in die Kasernen zu gehen und Fortbildungen zum Thema Bürger- und Menschenrechte anzubieten, reagierte der damalige Verteidigungsminister skeptisch. Er zitierte den verbreiteten Slogan „Die Armee, die große Stumme!“, der auf die Mauer des Schweigens verweist, die die Armee in Guinea umgibt. Aber er erklärte die Bereitschaft, an unseren Friedensforen teilzunehmen. Zu diesen Foren bringen wir Teilnehmende aus allen Bereichen der Gesellschaft an einen Tisch.

Das WFD-Projekt „Friedenssicherung und Konfliktprävention“ in Guinea (Conakry) wurde im Oktober 2007 auf Initiative der guineischen Menschenrechtsorganisation OGDH (Guineische Organisation für Menschen- und Bürgerrechte) ins Leben

gerufen. OGDH hat es sich zur Aufgabe gemacht, über eine Vernetzung der Zivilgesellschaft und des Militärs einen Beitrag zum gewaltfreien, demokratischen Wandel in Guinea zu leisten. 2007 hatte der Unmut der Bürger über die schwierige Situation von politischer Instabilität, Korruption und Perspektivlosigkeit zu zahlreichen Demonstrationen und einem landesweiten Generalstreik geführt. Sicherheitskräfte, verstärkt durch Söldner aus Guinea Bissau, gingen äußerst brutal gegen die demonstrierenden Jugendlichen vor und es gab viele Verletzte und über 120 Tote.

„Spinnennetz des Friedens“

Das soziale Netz „**Dyokkere Endhan**“, übersetzt etwa: „der nährende Saft, der durch die Adern der Gemeinschaft fließt“, funktioniert zum Glück doch noch ganz gut. Es hilft nicht nur da-

bei, schwierige Situationen gemeinsam zu bewältigen, sondern es gelingt über diese Beziehungen einen regen Informationsaustausch fließen zu lassen. Dieses traditionelle Potential der sozialen Vernetzung haben wir für unser WFD-Projekt genutzt und ein „**Spinnennetz des Friedens**“ geschaffen, in dem die feindseligen interethnischen Hetzkampagnen diverser Politiker hängenbleiben und von wachsenden Friedensaktivisten neutralisiert werden sollen. Offizieller Name dieser Struktur ist „Nationale Koalition für Frieden in Guinea“. Die Vergrößerung dieses Friedensnetzes soll von der ursprünglich vom Projekt gedeckten begrenzten Einsatzzone (Conakry-Mamou-Labé) auf das ganze Land ausgedehnt werden und nach Abschluss einer Partnerschaftskonvention vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP finanziell und organisatorisch mitgetragen werden.

Nach dem Tod des alten und kranken Präsidenten General Lansana Conté, der sich im Jahr 1993 nur noch über Wahlbetrug an der Macht halten konnte und sie nicht mehr loslassen wollte, übernahm am 23.12.2008 ein junger, relativ unbekannter Offizier, Hauptmann Moussa Dadis Camara, die Macht. Anfangs gab er sich den Anschein eines neuen Volkshelden. Seiner Junta gab er den vielversprechenden Namen „Nationalrat für Demokratie und Entwicklung“. Er versprach, möglichst schnell demokratische Präsidentschaftswahlen durchzuführen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und des Drogenhandels zu ergreifen. Doch die Realität sah anders aus: die Dadis-Ära war gekennzeichnet durch Brutalität, Instabilität, Einschränkung von Freiheiten, totale Willkür und Übergriffe der Sicherheitskräfte auf die Bürger.



Euphorische Jugendliche feiern ihre neu gewonnene Freiheit

Brutaler Angriff auf Demonstranten

Als Reaktion riefen die Oppositionsparteien zu einer großen Demonstration auf, mit anschließender Kundgebung im „Stadion 28. September“ in der Hauptstadt Conakry. Dadis Kandidaturabsichten sollte ein klares „Nein!“ entgegengesetzt werden. Der 28. September 2009 wurde zu einem Albtraum für alle Guineer! Mit bestialischer Gewalt gingen Sicherheitskräfte und eingeschleuste, als Demonstranten verkleidete, Spezialeinheiten aus Dadis Herkunftsregion gegen friedliche Demonstranten vor. Sie verschlossen das Stadion, elektrifizierten den Stacheldraht auf der Mauer um jegliche Flucht zu vereiteln und stachen mit Messern auf die panisch in alle Richtungen Fliehenden ein, prügelten und schossen auf sie und vergewaltigten und misshandelten Mädchen und Frauen. Selbst mehrere Führer der verschiedenen Oppositionsparteien wurden attackiert und zum Teil schwer verletzt. Die guineische Menschenrechtsorganisation OGDH, deren Mitglieder zum Teil selbst Opfer der Gewaltorgie wurden, zählten Leichen, halben Verletzten, nahmen Zeugnisaussagen auf und organisierten den Kontakt zu einer internationalen Untersuchungskommission der Ver-

einten Nationen. Der Bericht konstatiert 156 Tote, 1.399 Verletzte und 109 Vergewaltigungen und die Verantwortlichen dieses „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ werden benannt. An erster Stelle Dadis, gefolgt von seinem Leibwächter und Sicherheitschef Toumba. Wenig später entbrannte zwischen diesen beiden eine Auseinandersetzung darüber, wer die Schuld an dem Massaker trug. Am 2. Dezember 2009 kam es infolge dieses Konfliktes zu einer Schießerei im Militärlager „Koundara“ in der Innenstadt von Conakry, mit etlichen Toten und Schwerverletzten. Dadis wurde mit einem Kopfschuss nach Marokko ausgeflogen, sein Widersacher Toumba verschwand wundersamer Weise wie vom Erdboden und meldete sich später über den französischen Sender RFI um zu verkünden, er sei an einem „sehr sicheren Ort“.

Friedenseuphorie

Die Wahlkampagnen bis zum ersten Wahlgang hatten den Charakter einer großen und langen Party, die Jugendlichen waren fast ständig auf der Straße und feierten ihre neue Freiheit euphorisch, demonstrierten für ihre Kandidaten in Motorrad-Konvois und mit Spruchbändern geschmückten

Privatautos und Taxis. Ständig wurden „Friedens“-Wahlpartys, „Friedens“-Fußballturniere, „Friedens“-Konzerte veranstaltet, sogar die Wahl von „Miss Guinée“ stand unter dem Friedensmotto. Alle Friedensorganisationen waren mit Aufklärung und Wahlbegleitung beschäftigt, so auch das WFD-Friedensprojekt, das Fortbildungen zu den Themen Wahlen, Bürgerrechte und Menschenrechte gab. Verhaltenskodizes und öffentliche Aufrufe zu Toleranz und Akzeptanz des politischen Gegners wurden auf großen Spruchbändern in der Stadt aufgehängt, Friedenskarawanen organisiert, in Privat-Radiosendern und im Fernsehprogramm über die heiklen Themen „Gerüchteküche“ und interethnische Vorurteile diskutiert.

Außerdem wurde weiter am Aufbau und der Vergrößerung des „Spinnennetz des Friedens“ gearbeitet. Die Vernetzung der verschiedenen Friedenskomitees des Projekts, monatliche Friedensdialogforen mit Vertretern von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen, lokalen Friedenskomitees und regionalen Friedensallianzen, die aus Vertretern der verschiedenen Volksgruppen der Region bestehen, führten zur Gründung der **Nationalen Friedenskoalition Guineas** im April 2010 in Labé.

Zivilgesellschaftliches Engagement stoppt die Gewaltspirale

In diesem Netz sollten gegen bestimmte Volksgruppen gestreute Gerüchte wie schädliche Insekten hängenbleiben und von den wachsamem Friedensaktivisten neutralisiert werden. Die Kommunikation zwischen den Allianzen zur Kontrolle der in der Wahlkampfphase zunehmenden Gerüchte ließ sich relativ leicht auch mithilfe der inzwischen fast überall in Guinea verbreiteten Handys bewerkstelligen.

Als allerdings Ende Oktober von Seiten der Regierung volksaufhetzende Gerüchte über das nationale Radio verbreitet wurden, erwies sich das „Spinnennetz des Friedens“ als zu schwach und unwirksam. „UFDG-Anhänger vergiften Hunderte von Jugendlichen von der Regenbogen-Allianz!“, hieß es in der Hochphase der Spannungen zwischen den Anhängern der beiden Allianzen zur Präsidentschaftswahl. Dies führte sofort zu so massiven Übergriffen gegen die Volksgruppe der Fulbe in mehreren Städten Oberguineas und der Waldregion, dass sich tausende attackierte Guineer auf die Flucht in ihre Herkunftsregion Fouta Djallon aufmachten und somit praktisch von der Stichwahl am 7. November ausgeschlossen waren. Von Siguiiri griffen die Gewaltaktionen auf die Städte Kankan und Kouroussa über. Nur durch den mutigen Einsatz der Frauen von Kankan, angeführt von



WFD-Kooperant Aboubacar Souaré, El Hadj Billo und Kommandant Ahmadou Bailo Bah, Friedenskomitee LabéCOC-Paix Labé.

Hadja Safiatou Barry von der Regionalen Friedensallianz, konnte in Kankan größerer Schaden abgewendet und die Gewaltspirale gestoppt werden.

2011 haben wir mit dem Jahresplanungstreffen der Nationalen Friedenskoalition begonnen (11.–13. Januar) und zusammen mit der Kollegin Alejandra Maass vom 19. bis 21. Januar einen Theater-Workshop zu Augusto Boals Theater der Unterdrückten organisiert, der sehr großen Anklang fand. Daraus entstand die Idee, vier große regionale (nach den vier geografischen Regionen Guineas) Theatergruppen mit der Boal-Methode als „Theater des Friedens“ zu gründen,

die in vier verschiedenen Sprachen agieren: französisch, pular, malinke und soussou. Der deutsche Botschafter hat uns die Finanzierung eines Theater-Busses in Aussicht gestellt. Des weiteren wollen wir versuchen, die Finanzierung für einen mobilen Friedens-Radio-Sender zu finden, sowie für eine Friedens-Monatszeitschrift, als weiteres Sprachrohr unserer Aktivitäten und zur Verbreitung von relevanten Themen wie Menschenrechte, Bürgerrechte, Friedenserziehung etc ...

SUSANNE SOUARÉ arbeitet seit Juli 2008 im Projekt RPPC in Guinea, dokumentiert es fotografisch und begleitet es konzeptionell und organisatorisch.

Spendenstichwort: **Friedensarbeit**

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben ...

Das Problem der Spoiler

Martin Nambula

Friedensprozesse werden häufig torpediert, der Fachbegriff in der Friedens- und Konfliktforschung dafür ist Spoiler (zu deutsch: der Verderber). Der Umgang mit Spoilern spielt eine wichtige Rolle für den Erfolg oder

Misserfolg von Friedensprozessen. Das zeigen eine Vielzahl von Friedensprozessen nach Bürgerkriegen Afrikas sowie Konflikten in Asien und dem Nahen Osten. Schon das Nicht-Teilnehmen bestimmter Akteure an den Friedensverhandlungen kann zum Scheitern dieser Friedensvereinbarungen führen. Daher ist es von größter

Bedeutung, dass ein Friedensabkommen alle Akteure in ihrer Vielfalt einbindet, bewaffnete und unbewaffnete. Da die Existenz von Spoilern eine übliche Sache zu sein scheint, stellt sich die Frage ob es bewährte theoretische und praktische Ansätze zur Bewältigung des Problems gibt.

Die Spoiler-Theorie

Noch gibt es in der Literatur mehr Fragen als Antworten zum Phänomen Spoiler. Für den theoretischen Anteil bietet die Friedens- und Konfliktforschung eine Vielzahl von Studien (siehe unten). Diese Studien und Literaturen widmen sich der Erklärung des Einflussbereiches der Spoiler und der Konzeption des Umgangs mit ihnen. Die Vielzahl von angebotenen Erklärungen bestätigt die Diversität des Spoiler Phänomens. Auf einer Tagung der Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt) und des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik wurde die folgende Kategorisierung versucht. Spoiler sind Akteure, die einen Friedensprozess auf verschiedenen Ebenen und mit diversen Mitteln untergraben. Spoiler können die verschiedensten Gesichter haben: bewaffnete Gruppen (Rebellen und nichtstaatliche Truppen), politische Parteien (Regierung sowie Opposition) oder Fraktionen innerhalb dieser, Verwaltungs- oder Sicherheitskräfte, religiöse oder traditionelle Führer, Radikalbewegungen (z. B. von ethnischen oder religiösen Minderheiten), Wirtschaftsakteure, Massenmedien, Kriegsveteranen u.v.m. Mit Hilfe der theoretischen Ansätze kann man den Spoiler-Begriff systematisch definieren, unterscheiden und kategorisieren, welche Schritte bei der Planung von kohärenten und wirksamen Strategien zum Schutz des Friedens vor Spoilern wichtig sind.

Strategien zum Umgang mit Spoilern

Der erste Schritt beim Umgang mit Spoilern ist die umfassende Analyse des jeweiligen Spoilers in Bezug auf seine Mitglieder, Zusammensetzung und Führung, seine Positionen, Interessen und Motive, die verfügbaren Ressourcen (Finanzen, Personal, Verbündete), seine Strategien und seine Wahrnehmung der anderen Akteure sowie des Prozesses. Eine solche Analyse kann bereits spezifische Strategien für den Umgang mit Spoilern nahelegen.

Stephen Stedman, Professor für Internationale Angelegenheiten an der



Ein Störer reicht aus, um Friedensprozesse massiv zu sabotieren.

Universität Stanford, empfiehlt folgende Vorgehensweisen: Spoiler mit mäßigem Engagement sollen durch Anreize („gib ihnen was sie wollen“) ruhig gestellt werden, habgierige durch Sozialisierung („Regeln aufstellen, belohnen und bestrafen“). Solche, die einen „Alles-oder-Nichts“-Ansatz verfolgen, sollen durch Nötigung bezwungen werden.

Generell zielen ausgrenzende Strategien darauf ab, Spoiler zu schwächen und zu bezwingen, während einbeziehende Strategien die Integration der Spoiler in den Friedensprozess anstreben. In bestimmten Situationen kann eine Kombination beider Ansätze sinnvoll sein und verschiedene (externe) Akteure, die verschiedene Rollen auf unterschiedlichen Ebenen spielen, können dabei helfen, „verderbendes“ Verhalten zu überwinden.

Integrative Ansätze beinhalten Dialoge und „listening programmes“, den Aufbau von Selbstvertrauen, Verhandlungen und Mediation bei speziellen Fragen (z. B. zu humanitären Standards), Kurse zum Aufbau von Führungskräften, Kontrollmechanismen, Risikomanagement, die Entwicklung und Aushandlung von „Schritt-für-Schritt“-Plänen sowie einbeziehende Strategien zum Community Development. Begünstigungen im Austausch

gegen konstruktive Mitarbeit in einem Friedensprozess anzubieten kann demzufolge zum Erfolg führen.

Peace Enforcement als Alternative?

Nationale und internationale Akteure, die einen integrativen Ansatz für den Umgang mit Spoilern entwickeln, setzen sich einer gewissen Gefahr aus: Sie riskieren es, Spoiler zu legitimieren oder von ihnen manipuliert zu werden („verdeckte Absichten“). Dadurch können sie ihre Reputation verlieren und nicht zuletzt scheitern. Lassen sich Spoiler durch den Einsatz von militärischer Gewalt kontrollieren? Peace Enforcement kann als eine legitime Herangehensweise gegen Spoiler gesehen werden. Es ist jedoch wichtig, dass die Durchführungsstreitkraft allgemeine Akzeptanz genießt und/oder ein internationales Mandat trägt. Die Mandats durchführende Truppe sollte den gewalttätigen Spoilern militaristisch überlegen sein, um das Eskalationsrisiko zu verringern.

Die Friedensprozesse in Sierra Leone 1999 und in der Demokratischen Republik Kongo 2003 wurden von Truppen mit internationalem Mandat begleitet (UN-Mission in Sierra Leone UNAMSIL und Operation Artemis in

der DR Kongo). Ihre Aufgabe war es explizit, Störungen des Friedensprozesses zu unterbinden. In diesen beiden Fällen wurde ein gewisser Erfolg erzielt, ein ähnlicher Versuch in Somalia 1993 mit Peace Enforcement (UNOSOM II) war ein vollständiger Misserfolg (siehe Frank Crigler „The Peace Enforcement Dilemma“ JFQ, Autumn, 1993: 64–70).

„Credible Guarantees und Credible Commitments“

Die Präsenz einer allseits akzeptierten externen Partei kann Friedensprozesse befördern. Barbara Walters Papier aus dem Jahr 2002 „Committing to Peace. The successful Settlement of Civil Wars“ zeigt, dass allseits akzeptierte Dritte als Beobachter, Moderatoren, Koordinatoren oder auch als Schutzschild nützliche Dienste leisten können. Externe Dritte spielten eine zentrale Rolle bei der Stabilisierung der mosambikanischen Friedensprozesse in den frühen 1990er Jahren (Operation der Vereinten Nationen in Mosambik ONUMOZ). Die Anwesenheit eines Dritten schuf in diesem Fall Vertrauen zwischen den Konfliktparteien und half dadurch, ein Sicherheitsdilemma zu überwinden und förderte die anschließende Einhaltung der Verpflichtungen.



Wer den Kampf mit Spoilern aufnimmt, sollte gut vorbereitet sein.

Da es so viele Formen von Spoilern und Spoiler-Taktiken gibt, ist es schwierig, ein Standard-Maß für den Umgang mit Spoilern zu bestimmen. Jedoch sollten friedliche Maßnahmen gegen Spoiler immer bevorzugt eingesetzt werden, da jede Militäraktion ein Eskalationspotential mit sich bringt.

MARTIN NAMBULA M.A. studierte Friedensforschung und Internationale Politik an der Universität Tübingen, erwarb dort 2009 den M.A. mit einer Arbeit zum internationalen Recht und dem Problem der Versöhnung (Justice and The Problem of Post-Conflict Reconciliation). Davor studierte er Internationale Beziehungen und Philosophie an der Makerere University, Kampala/Uganda. Derzeit macht er ein Praktikum in der Abteilungsabteilung des WFD.

Literatur zum Thema:

- **Dealing with Spoilers**, Protokoll des Workshops der Gruppe Frieden und Entwicklung/FriEnt und des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, im September 2006.
- Ulrich Schneckener, in einem 2009 von der DFG veröffentlichten Working Paper „**Spoilers or Governance Actors? Engaging Armed Non-State Groups in Areas of Limited Statehood**“
- Stephen Stedmans Artikel „**The Spoiler Problem in Peace Processes.**“ in Vol 22: No. 2 International Security Journal, 5–53
- Babara Walters 2002 bei Princeton University Press erschienenes Buch mit dem Titel „**Committing to Peace, The successful Settlement of Civil Wars**“
- Joelle Zahars Artikel „**Reframing the Spoiler Debate in Peace Processes 159-177**“. In: John Darby et al (eds.) Contemporary Peacemaking. Conflict, Peace Processes and Post-war Reconstruction

WFD-Mitglieder im Gespräch



Ich unterstütze den WFD, um damit ein kleines Zeichen zu setzen gegen die unerträgliche kriegsfördernde Ungleichheit auf unserem Planeten.

Besonders schätze ich am WFD die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika, Lateinamerika oder dem Nahen Osten wegen des Versuchs, Strukturmaßnahmen mit Friedensarbeit zu verbinden, gerade vor dem Hintergrund einer zunehmenden globalen Militarisierung von Konflikten im Kampf um Rohstoffe, Macht und Einflusszonen. Mir gefällt, dass der WFD diese Form der Friedensarbeit auch in unsere Schulen hineinträgt, um den Schülerinnen und Schülern einen Blick auf die Welt zu eröffnen, der von Respekt für die Lebenswelten von Menschen in anderen Weltregionen geprägt ist.

Sind Sie auch anderweitig engagiert?

Hier bei uns unterstütze ich im Rahmen des Flüchtlingsrats NRW jene Menschen, die haben fliehen müssen und bei uns Schutz suchen. Es sind Menschen, die aus den Krisenregionen dieser Welt kommen. Flüchtlinge sind so etwas wie Botschafter einer aus den Fugen geratenen Welt.

Michael Stoffels, Kempen

„Das Friedenshandwerk lernen“

Weiterbildungsmöglichkeiten in ziviler Konfliktbearbeitung

Catharina Hopp

Bei vielen Menschen kommt irgendwann der Wunsch auf, aktiv für andere tätig zu werden. Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) bietet ein breites Spektrum an Möglichkeiten, um sich für die Verbesserung der Lebensumstände von weniger privilegierten Menschen einzusetzen. Wer allerdings mehr als einen Freiwilligendienst leisten möchte, muss bestimmte Qualitäten und Qualifikationen mitbringen. Die fachlichen Grundlagen werden meist im Studium, während der Ausbildung oder durch Berufserfahrung erlangt. Weiterbildungen zu Themen wie Konfliktmanagement oder interkultureller Zusammenarbeit, die speziell in der EZ eine zentrale Rolle spielen, bieten hierzulande einige Akademien und Verbände an. Vier von ihnen werden im Folgenden kurz vorgestellt:

Akademie für Konflikttransformation



Die Akademie für Konflikttransformation gehört zum „forumZFD“ (Forum Ziviler Friedensdienst e.V.). Unter dem Motto „Frieden braucht Fachleute“ werden Teilnehmende der Trainings- und Qualifizierungskurse fit für Friedenseinsätze im Ausland gemacht. Das Angebot reicht von Orientierungswochenenden über spezifische Trainings für erfahrene FriedensarbeiterInnen bis zum 4-Monatskurs mit Praxisphase. Termine, Preise und weitere Informationen: <http://www.forumzfd-akademie.de>. Diese Webseite bietet auch interessante e-learning Angebote.

Oekumenischer Dienst Schalomdiakonot (OeD)



Der Verein Oekumenischer Dienst Schalomdiakonot (OeD) bietet bereits seit 1994 Kurse und Seminare rund um die zivile Konfliktbearbeitung an. In Grund- und Aufbaukursen werden Kompetenzen für die Arbeit als Friedensfachkraft, aber auch für den Freiwilligendienst vermittelt. Die Kurse finden hauptsächlich berufsbegleitend, also an Wochenenden, statt. Teilnehmende sollten offen für Spiritualität sein, die beim OeD eine wichtige Rolle spielt. Weitere Informationen zu Inhalten und Angeboten: www.schalomdiakonot.de

Kurve Wustrow



Die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. Kurve Wustrow ist sehr vielseitig aktiv. So ist auch die Ausrichtung der Bildungsprogramme sowohl regional und national, als auch europäisch und international. Vom Wochenendseminar für Freiwillige bis zu längerfristigen Trainings in englischer Sprache wird eine diverse Palette an Kursen und Seminaren angeboten. Informationen zu aktuellen Programmen: www.kurvewustrow.org

Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (zif)



Im Berliner zif wird ziviles Friedenspersonal im Auftrag des Auswärtigen Amtes ausgebildet, Ziel der Ausbildung ist die Aufnahme in den so genannten Expertenpool. Das Angebot richtet sich ausschließlich an Fachkräfte mit langjähriger relevanter Berufserfahrung. Die Maßstäbe sind sehr streng, schließlich wirken erfolgreiche Bewerber als Führungskräfte im Auftrag der UN, der OSZE und der EU. Die Trainings dauern in der Regel zwischen drei und 14 Tagen, das Programm ist sehr straff. Mehr Informationen: www.zif-berlin.org

Qualifizierungsverbund (QvB) in der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)



Der Qualifizierungsverbund ist – wie der Name bereits impliziert – ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen. Der QvB agiert als Vermittler von Kursangeboten der Mitgliedsorganisationen und ist somit eine gute Quelle, um sich einen allgemeinen Überblick zu verschaffen. Die gelisteten Angebote umfassen Grund- und Aufbaukurse sowie berufsbegleitende Blockseminare. Angesprochen wird ein jeder, der sich für Konfliktbearbeitung in all ihren Facetten interessiert. www.friedensdienst.de

CATHARINA HOPP, studierte Journalistin und derzeit Praktikantin in der Öffentlichkeitsarbeit des WFD

„Wir scheuen keine Konflikte“

Kampagnen zur Förderung ziviler Konfliktbearbeitung



Gewalt ohne militärische Mittel eindämmen und die zivilen Kräfte der Gesellschaft dabei stärken, Konflikte friedlich zu regeln: Das sind die Ziele des Zivilen Friedensdienstes (ZFD). Seit 1999 werden speziell vorbereitete Fachkräfte in Krisenregionen entsandt. Sie unterstützen örtliche Partnerorganisationen dabei, den Ausbruch gewaltsamer Konflikte im Vorfeld zu verhindern (Krisenprävention), Konflikte friedlich beizulegen (Gewaltminderung), nach Konflikten friedensfördernde Strukturen aufzubauen und dadurch zu einer langfristigen Friedenssicherung beizutragen (Konfliktnachsorge). Der WFD ist Träger des Zivilen Friedensdienstes.

Weitere Infos:
www.ziviler-friedensdienst.org

Die **Plakatausstellung „Wir scheuen keine Konflikte“** ist für die politische Bildungsarbeit konzipiert. Sie umfasst 15 Plakate (70 cm mal 100 cm) mit eindrucksvollen Bildern und kurzen prägnanten Texten. *Für WFD-Mitglieder gibt es kostenfreie Exemplare in der Geschäftsstelle.*

Der **Werkzeugkasten Friedensförderung**: Eine Lupe ermuntert zum genaueren Hinsehen, eine Wasserwaage symbolisiert den Interessenausgleich und Ohr-Reiniger erinnern an die Notwendigkeit des genauen Zuhörens. Der Werkzeugkasten Friedensförderung bietet einen originellen, spielerischen Zugang zum Thema „Ziviler Friedensdienst“. – Die ersten fünf InteressentInnen bekommen ihn kostenlos zugesandt. – Bitte bei der Querbriefredaktion melden.

20 Millionen mehr vom Militär

Wir haben zu wenig zivile Instrumente und zu viel Militär. Wenn Deutschland jetzt Militär reduziert, müssen gleichzeitig die zivilen Instrumente ausgebaut werden. Darum fordert die Kampagne »20 Millionen mehr vom Militär«, für drei Jahre je 20 Millionen Euro aus dem Verteidigungshaushalt für den weiteren Ausbau des Zivilen Friedensdienstes umzuwidmen. Der WFD unterstützt diese Kampagne, die am 11. April in ca. 20 Städten mit einer öffentlichen Aktion begonnen wird.

Infos dazu unter wfd.de/news oder bei Martin Zint, zint@wfd.de, 030 25399018.

Die Sicherheitsrhetorik der Bundesregierung lautet: Wir setzen stärker auf zivile Mittel. Praktisch wird das Gegenteil getan. Die Mittel für den Zivilen Friedensdienst wurden für 2011 auf 29 Millionen Euro gekürzt. Weitere Mittel für zivile Krisenprävention beim Auswärtigen Amt wurden im Jahr 2011 um mehr als 30 Prozent gekürzt!

Nur wer in Frieden investiert, wird Krieg und Gewalt verhindern.



Vorrang für Zivil – fordert ein Aufruf des Bund für soziale Verteidigung, der von zahlreichen Organisationen der Friedensarbeit unterstützt wird. Ziele des Aufrufs sind:

- **In der Gesellschaft** Bewusstsein dafür schaffen, dass Frieden im Zusammenwirken aller Beteiligten und Betroffenen, gewaltfrei und ohne Vorherrschaft und Ausgrenzung, erreicht werden kann.
- **In der Politik und der Öffentlichkeit** vermitteln, dass dauerhafte Friedens- und Wiederaufbauprozesse nur in ziviler Verantwortung gelingen.
- **In der Außen- und Sicherheitspolitik** den Aufbau vielfältiger ziviler Kapazitäten zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung vorantreiben.
- **Auf allen Ebenen der Politik** eine kohärente Strategie der Prävention und gewaltfreien Konflikttransformation verfolgen. Entsprechende Instrumente sind personell und finanziell als vorrangig zu anzusehen und auszustatten.

Weitere Infos unter: <http://www.vorrang-zivil.de/> oder beim Bund für soziale Verteidigung e.V., Schwarzer Weg 8, 32423 Minden



25 Jahre Querbrief

Catharina Hopp/Martin Zint

Im April 1986, also genau vor 25 Jahren, wurde der erste Querbrief an die Mitglieder versandt! „Mit diesem Querbrief wollen wir nicht unsere alten Freunde vor den Kopf stoßen, wir denken sogar, daß sie mit uns einer Meinung sind, den Kreis unserer Freunde zu erweitern. Das bedeutet jedoch einige Änderungen, sowohl was den Inhalt als auch was die äußere Form unseres Rundbriefs betrifft.“ So steht es im Editorial des ersten Querbriefs von 1986, der den „Rundbrief für Mitglieder und Freunde“ ablöste.

Bleiwüsten ohne Bilder

Den Grund für diese Änderung beschreibt Wolfgang Libera, seinerzeit Praktikant in der WFD-Öffentlichkeitsarbeit, wie folgt: „Als ich in der Öffentlichkeitsarbeit anfang, gab es für die Spender einen so genannten ‚Rundbrief‘ mit Informationen aus den Projekten. Das waren lose Blätter mit Bleiwüsten, ohne Bilder, die auf Schreibmaschine geschrieben und auf grobem Umweltschutzpapier gedruckt waren. Das sah in meinen Augen schlimm aus.“ – Mit dieser Meinung stand er nicht alleine und so begann die Redaktion unter Leitung von Jani Pietsch (damals Rolshoven) mit der Neugestaltung. „Der Querbrief ist quasi mein Baby; Idee, Gestaltung und Umsetzung sind von mir“, erinnert sie sich nicht ohne Stolz.

Quer-stehen, quer-liegen, anders sein

Neben der Änderung der Aufmachung stach vor allem der neue Name heraus. „Der Name Rundbrief war für unser neues Konzept zu altmodisch“, so Wolfgang Libera. Die Bedeutung des Titels Querbrief erläutert er mit „Quer von anders sein, von auch mal quer gehen, nicht mainstream sein, das Kritische zulassend.“ Ähnlich beschreibt es auch Jani Pietsch in ihrem zweiten Editorial (Juni 1986): „Warum Querbrief, wurde auch gefragt (einige waren begeistert). Klingt ja wie Que-

ruant, Quertreiber. Wir wollten mit diesem Namen signalisieren, daß wir gelegentlich quer-stehen quer-liegen wollen, d. h., daß uns an einer harmonischen, „runden“ Berichterstattung nicht gelegen ist.“

„... nicht den WFD-basisdemokratischen Spielregeln folgend“

Pietsch hatte damals gerade erst die Leitung der WFD-Öffentlichkeitsarbeit übernommen und mit der „Geburt“ des Querbriefes prompt für Diskussionen gesorgt. So heißt es im Editorial der zweiten Ausgabe weiter: „Zustandegekommen ist der Name jedenfalls



Der erste Querbrief 1986. Er wurde von Harald Weller noch im Bleisatz hergestellt. Harald Weller ist der letzte Mitwirkende aus der ersten Stunde, er setzt den Querbrief bis heute – jetzt allerdings bleifrei am Computer.

unter einem gewissen Entscheidungsdruck, sozusagen in letzter Minute vor der letzten Korrektur im Satz; wohl völlig unüblich und nicht den WFD-basisdemokratischen Spielregeln folgend und noch dazu unter maßgeblicher Beteiligung eines WFD-Praktikanten und der neuen Mitarbeiterin für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, die sich auf das von ihr beim Einstellungsgespräch geforderte Durchsetzungs- und Entscheidungsvermögen berief. Insgesamt überwiegt aber die Zustimmung, und der Genehmigungsprozeß setzt ein.“

Das Beständigste ist der Wandel

Langeweile kam aber nicht auf. Der Querbrief wurde im Laufe der Zeit seinem Namen immer wieder gerecht. Themen wurden aufgegriffen, von denen andere die Finger ließen und einige Nummern früherer Jahre sind vergriffen, weil sie so oft nachbestellt wurden. Aber auch gegenwärtig gibt es wieder eine Debatte um den Querbrief. Der Jahresbericht wurde aus Kostengründen zu einer Querbriefausgabe und weitere Veränderungen stehen an. Online-Kommunikation hat im politischen wie im journalistischen Bereich enorm an Bedeutung gewonnen. Dies sollte sich auch in der Öffentlichkeitsarbeit einer Organisation wie dem WFD widerspiegeln. Bei begrenzten Mitteln bedeutet Ausweitung auf der einen Seite Einsparungen auf der anderen Stelle. Auf die Öffentlichkeitsarbeit und den Querbrief

bezogen, bedeutet das möglicherweise einen geringeren Umfang der einzelnen Hefte, die aber weiter vier Mal im Jahr erscheinen. Um dennoch weiter Trüffelschwein für entwicklungs- und friedenspolitische Themen sein zu können, könnte der WFD ein bis zwei Fachpublikationen pro Jahr herausgeben.

Ihre Meinung zu dem Thema interessiert uns! Schreiben Sie uns, per Post oder e-mail – info@wfd.de, oder kommentieren Sie unter www.querbrief-online.de

Weltsozialforum in Dakar

Ndeye Mariem Diallo, Mitarbeiterin des WFD-Partners USOFORAL, berichtet:

„Frauen der ganzen Welt solidarisch für Frieden in der Casamance“ war der Slogan der Frauen aus der Casamance beim 11. Weltsozialforum (WSF) in Dakar. Es war ein großes Erlebnis für uns, diese neue, alternative Welt zu erleben. Wir fanden Freiräume für Auseinandersetzungen, das miteinander Teilen von Erfahrungen und Ideen. Im Vorfeld hatten wir uns eine Kommunikationsstrategie zu-rechtgelegt, um unsere Aktion gut sichtbar zu machen, aber auch um durch Gespräche mit den Mitkämpfern vom WSF ein Bewusstsein für den Konflikt in der Casamance wecken und ihn zum Thema für die Menschen aus anderen Regionen zu machen. Bei der großen Demo aller Beteiligten am Eröffnungstag waren es unsere Losungen (z. B. „Frauen steht auf für den Frieden in der Casamance“), die die anderen Teilnehmenden dazu brachten, sich unseren Forderungen anzuschließen. Frauen aus Mali,



Weltsozialforum: Die Frauen der Casamance gehen für den Frieden auf die Straße.

Nigeria und vielen anderen Ländern sangen unser Motto, „Frauen aus der ganzen Welt solidarisch für Frieden in der Casamance“. Es hat uns weder an Aufmerksamkeit noch an Solidarität gefehlt. Das galt auch für die Veranstaltungen, die wir organisiert haben. Der 8. Februar war der „Tag der Casamance“, mit einem runden Tisch zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Lösung des Konfliktes. Am 9. Februar wurden die Chancen diskutiert, die die UN-Resolution 1325 (zu den Frauenrechten, die Red.) für Frauen in

Konfliktgebieten eröffnet. Trotz der sehr schlechten Organisation – wir mussten wie die Löwinnen um Veranstaltungsräume kämpfen – waren die Veranstaltungen ein großer Erfolg. Unter den Teilnehmenden waren Mitglieder der senegalesischen Regierung und Parlamentarier. Ihnen konnten wir nahebringen, was sie für die Lösung des Konfliktes tun können, der nicht nur eine Angelegenheit der Casamance ist, sondern des ganzen Senegal. Wir sind mit unserer Teilnahme am WSF in Dakar sehr zufrieden.

Work4peace sucht MitsreiterInnen!

Das WFD Aktions- und Bildungsprojekt work4peace freut sich immer über ehrenamtliche MitarbeiterInnen zur Unterstützung des Bildungsteams. Seit 2005 führt work4peace Seminare und Projekttag an Schulen durch, um Kinder und Jugendliche hierzulande für die Lebensbedingungen in Afrika zu sensibilisieren. Die Jugendlichen unterstreichen ihre Verbundenheit mit den Ärmsten durch einen Arbeitseinsatz, dessen Erlös Bildungsprojekte in afrikanischen Ländern unterstützt. Dieser Ansatz entwicklungspolitischer Bildungsarbeit wird vom Berliner Senat ausdrücklich unterstützt. Für die Weiterentwicklung der Kon-

zeption und zur Durchführung der Angebote in den Schulen suchen wir immer wieder engagierte Helferinnen und Helfer, die

- sich für entwicklungspolitische Themen interessieren;
- Spaß daran haben, im Team Projekte, Workshops sowie Unterrichtseinheiten zu gestalten und eigene Ideen einzubringen;
- Erfahrung in der Bildungsarbeit sammeln möchten.

Interessierte stellen sich einfach kurz bei unserer Projektkoordinatorin Nina Bewig vor, unter bewig@work4peace.de oder der Telefonnummer 030 253 990 41.

Gerne können Sie diesen Aufruf in Ihrem Bekanntenkreis weiterleiten, wir freuen uns über Ihre Unterstützung.



Mehr Informationen zum Projekt: www.work4peace.de

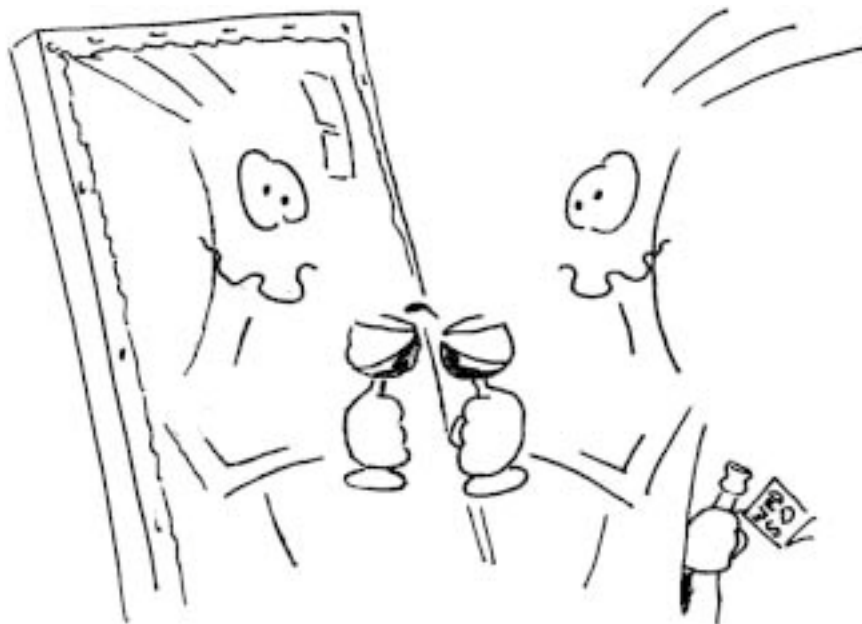
Von Spendenaktionen & Aktionsspenden

Tanzen, Musizieren, Wetten, Zocken oder Entspannung beim Yoga: FreundInnen des WFD sind immer wieder kreativ, wenn es darum geht, Spaß zu haben und dabei etwas zur Bekämpfung von Hunger, zur HIV/Aids-Prävention, zur Hilfe zur Selbsthilfe beizutragen.

Möglich ist das nach wie vor auf traditionellem Wege: Die BesucherInnen von Party, Familien- oder Betriebsfest, Konzert oder Yoga-Wochenende, die TeilnehmerInnen an einer Wette oder am Kartenspiel werden vorab informiert, dass ihr „Einsatz“ diesmal an den Weltfriedensdienst geht.

Empfehlenswert ist eine vorherige Absprache mit unserer Spenderbetreuerin Carola Ziegert (030 25399014, ziegert@wfd.de), denn es gibt mancherlei zu bedenken: Soll exemplarisch ein Projekt des WFD vorgestellt werden und wenn ja, wie? Teilt man den Gästen oder Teilnehmenden der geplanten Aktion vorab die Bankdaten des WFD mit? Welchen Betreff sollen die SpenderInnen angeben? Ist es sinnvoll, eine Spenderliste auszulegen oder Überweisungsträger vorzuhalten?

Natürlich unterstützen wir Sie gerne – mit Projektfaltblättern, aktuellen Berichten, Fotos und Videos. Sogar CDs



und Wandtafeln können wir Ihnen zu ausgewählten Projekten bieten.

Eine weitere Dimension eröffnen die neuen Medien:

Auf dem Aktionsspendentool unserer Website (<http://www.wfd.de/spenden-helfen/aktionsspende.html>) kann man ein Profil zu Person und Aktion anlegen. Den Link schickt man an das eigene soziale Netzwerk weiter – und los geht's! Unser Vorstandsmitglied, Falk Ziegler, ließ anlässlich seines 50. Geburtstags nicht sich, sondern den WFD beschenken und gab mit einer Online-Aktion der Party einen zusätz-

lichen Kick. Und Kollege Helge Swars, ein passionierter Basketballer, ließ sich von den Fans seine Treffer „vergolden“. So kamen in kurzer Zeit 1.100 € für die Arbeit des Weltfriedensdienstes zusammen.

Auch das Handy kann zum Helfen genutzt werden: Eine SMS mit dem Stichwort PEACE an die 81190 bedeutet eine Spende über fünf Euro, von denen 4,83 € direkt an den WFD gehen. Sie erhalten eine SMS, die Sie bestätigen müssen. Kosten: 5 € plus eine Standard-SMS.

FIFA reagiert auf offenen Brief

Im Dezember letzten Jahres unterschrieb der WFD einen offenen Brief des Aktionsbündnisses „Kick for one world“ an die FIFA (WFD-News berichtete). Die Forderung lautete, einen Teil der Erlöse aus der WM 2010 an die südafrikanische Bevölkerung abzugeben und im Vorfeld der WM 2014 in Brasilien sicherzustellen, dass die Verteilung der Einnahmen gerecht verläuft.

Nun kam von Seiten des Verbandes eine Antwort – was bereits als Erfolg gewertet werden kann, da zwei Briefe aus den Jahren 2009 und 2010 unbe-

antwortet blieben. Im Wesentlichen bekennt sich die FIFA dazu, sich mit den lokalen Händlern in Brasilien auseinanderzusetzen und einen konstruktiven Ansatz zur Zusammenarbeit zu entwickeln.

Abgesehen davon kündigte die FIFA im Dezember 2010 an, eine mit 100 Mio. Dollar dotierte Stiftung zur Unterstützung des letztjährigen WM-Gastgebers Südafrika ins Leben zu rufen. Pat Horn, Koordinatorin von streetNet (Netzwerk informeller Straßenhändler) in Südafrika kommen-

tierte dieses Versprechen wie folgt: „Wir haben aus der Pressestelle und in den Nachrichten von dieser Stiftung gehört. Aber seitdem ist es ruhig geworden – wir haben nicht eine Information darüber bekommen, wie die armen Gemeinden und Straßenverkäufer Zugang zu den Mitteln der Stiftung erhalten sollen! Aber es ist interessant zu sehen, dass ein gewisser Druck herrscht, der eine solche öffentlichkeitswirksame Aktion provoziert. Ich denke, wir sollten den Druck auf die FIFA im Hinblick auf Brasilien noch weiter erhöhen.“

Stoppt Genitalverstümmelung jetzt!

Im Februar rief Waris Dirie, Model, Menschenrechtsaktivistin und selbst Betroffene, die internationale Kampagne „Stop FGM now!“ („Stoppt Genitalverstümmelung jetzt!“) ins Leben. Unterstützt wird sie dabei auch vom WFD mit mehreren engagierten Partnerorganisationen in Guinea Bissau, wo jährlich tausende Mädchen genital verstümmelt werden. „Ziel des gemeinsamen Engagements ist der effektive Schutz bedrohter Mädchen“, sagt Geschäftsführer Georg Rohde und ergänzt: „In Guinea Bissau konnten wir schon vor einigen Jahren erste Erfolge erzielen. Dank behutsamer Überzeugungsarbeit ist es gelungen, mit 446 Mädchen ein alternatives, unblutiges Initiationsritual zu feiern“. 81 Beschneiderinnen gaben im Rahmen einer öffentlichen Zeremonie ihre Messer ab. Der Weltfriedensdienst unterstützt das lokale Netzwerk DJINOPI (zu Deutsch: vorwärts, Leute!).



Szenenbild aus dem Film „Wüstenblume“, der das Schicksal von Waris Dirie erzählt, die als Kind in Somalia beschnitten wurde.

Fünf Frauen- und Jugendorganisationen arbeiten modellhaft mit 1.500 gefährdeten Mädchen und deren Familien. Mitarbeitende sprechen mit Männern, Frauen und Kindern, islamischen Geistlichen, Lehrern, Dorfchefs und Gesundheitspersonal.

AktivistInnen von DJINOPI besuchen die Dörfer, diskutieren mit den Meinungsführern und moderieren Versammlungen. So können Dorfgemeinschaften ihren eigenen Weg zum Ausstieg aus der Beschneidungspraxis finden.

Auszeichnung für „Global Generation“

Deutsche UNESCO-Kommission zeichnet innovatives Bildungsprojekt aus.

Die Deutsche UNESCO-Kommission hat das Weltfriedensdienst-Programm „Global Generation – Global Education For The Elderly“ als Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Damit wird anerkannt, dass der WFD mit seinen Partnern die Anliegen dieser weltweiten Bildungsoffensive der Vereinten Nationen vorbildlich umsetzt. Global Generation vermittelt nachhaltiges Denken und Handeln. Am 23. Februar 2011 wurde die Auszeichnung bei der Bildungsmesse didacta in Stuttgart übergeben.

„Global Generation zeigt eindrucksvoll, wie zukunftsfähige Bildung aussehen kann. Das Votum der Jury würdigt das Angebot, weil es verständlich vermittelt, wie Menschen nachhaltig handeln“, so Prof. Gerhard de Haan,

Vorsitzender des Nationalkomitees der UN-Dekade in Deutschland und Mitglied der Jury.

Teilnehmer globalen Themen über ihre eigene Biografie an. So wird der Grundstein für ein langfristiges Engagement gelegt.



Global Generation wendet sich an Menschen ab 50 in Deutschland, Österreich und Ungarn. In Workshops nähern sich die Teilnehmerinnen und

In einem gesonderten Kurs erwerben Multiplikatorinnen und Multiplikatoren die Fähigkeit, sich in ihrem Umfeld für mehr Nachhaltigkeit einzusetzen. Auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen werden Methoden und Projekte der entwicklungspolitischen- und friedenspädagogischen Arbeit aus Süd und Nord vorgestellt. Ab Mai 2011 wandert eine Ausstellung zu Biografien älterer Menschen in Süd und Nord durch Europa und das südliche Afrika. Das Projekt wird gemeinschaftlich von den Partnern Weltfriedensdienst e.V., der Brücke Most Stiftung in Deutschland, Südwind in Österreich und der ungarischen BOCS Foundation getragen.

Mehr Infos zu dem Projekt: www.global-generation.org

Der WFD zu Gast im Hamburger Rathaus

Gleich mit zwei Ausstellungen war der Weltfriedensdienst zwischen dem 8. und 25. März im Hamburger Rathaus zu Gast. In der anlässlich unseres 50. Geburtstages konzipierten Wanderausstellung „50 Jahre und mitten im Leben“ werden den Besuchern 17 Männer und Frauen aus Afrika und Deutschland vorgestellt, die 50 Jahre und älter sind. Sie erzählen in eindrücklichen Bildern von ihrem Leben, ihren Ängsten und ihren Träumen. Die zweite Ausstellung ist der Partnerschaftsarbeit des WFD und seinen vier Hamburger Partnerschaftsgruppen gewidmet:

- *Solidaritätspartnerschaft Hamburg – Lima/Peru*; Solidarisch mit alten Menschen in Lima, „HEBRAS y asilos“.
- *Solidaritätspartnerschaft Halstenbek – Maceió/Brasilien*, Verein zur Förderung der Straßenkinder von Maceió e.V.

– *Solidaritätspartnerschaft Hamburg – La Libertad/Ecuador*, Ausbildungszentrum „Melvin Jones“

– *Solidaritätspartnerschaft Hamburg – Arequipa/Peru*, Berufsausbildung am Instituto Superior Tecnológico (I.S.T.) LA RECOLETA

Eröffnet wurde die Ausstellung mit einem Festakt am 8. März. Stefan Herms, Leiter des Staatsamtes der Senatskanzlei Hamburg, lobte in seinem Grußwort den WFD als „modernen Träger weltweiter Projektarbeit und inländischer Bildungsarbeit“. Aus der Berliner Geschäftsstelle waren WFD-Geschäftsführer Georg Rohde und Carola Gast als Ansprechpartnerin für SpenderInnen und Partnerschaftsgruppen in die Hansestadt gereist. Sie waren begeistert vom Hamburger Rathaus, einem der schönsten Gebäude der Stadt. Es ist Anziehungspunkt für viele Besucher, die mehrmals täglich an den öffentlichen Führungen durchs Rathaus teilnehmen.

„Schon bei unserer Ankunft standen interessierte Menschen in der hübschen Eingangshalle um unsere Ausstellung herum“, berichtete Carola Gast.



Georg Rohde, WFD-Geschäftsführer

Unser Hamburger Mitglied Wulf Schubert hat dem WFD eine großartige Öffentlichkeit verschafft, dafür danken wir ihm sehr herzlich!



Die Ausstellung findet im stilvollen Ambiente des Hamburger Rathauses ein interessiertes Publikum

Afrika-Wochenende in Köln

Zu einer lebendigen Begegnung mit Afrika, seiner Musik, seinen faszinierenden und interessanten Seiten laden die Kölner Thomasgemeinde und Kinduku e.V. am Wochenende 2./3. 4. 2011 ein.

Der Reichtum Afrikas soll an diesem Tag Freude und Denkanstöße bereiten. Mit von der Partie ist eine WFD-Partnerschaftsgruppe, die ein Bildungsprojekt in Benin unterstützt.

Dazu wird am Sonntag, dem 3. 4., ein Film gezeigt, der auf einer Besuchsreise ins Projekt 2010 entstanden ist.

Weitere Infos:
www.thomaskirche-koeln.de
 oder telefonisch unter 0221/2717382.



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
A 9649 F



Hedemannstraße 14
10969 Berlin

Environment Africa – Diese Saat geht auf



Ressourcen schonende Landwirtschaft lautet das Erfolgsrezept, das bereits mehr als 1.000 Kleinbauernfamilien überzeugt und ihnen zu einem besseren Leben verholfen hat. Bereits seit 1993 berät die simbabwische Organisation Environment Africa (kurz: EAfrica) benachteiligte Bevölkerungsgruppen dabei, die Unterernährung zu überwinden, beispielsweise die Familie des 77-jährigen Andrew Katsuwa:

„Die beiden Workshops von EAfrica zu Imkerei und Getreideanbau haben das Leben unserer ganzen Familie verändert. Ich besitze heute 18 Bienenstöcke, die uns mit wertvollem Honig versorgen. Vom Verkaufserlös können wir weitere Lebensmittel kaufen. Seit ich die ersten 2 kg Saatgut von EAfrica erhalten habe, habe ich nicht aufgehört, Sorghum anzubauen, vor allem weil es dürreresistent ist. Meine Ernte hat sich von wenigen Kilogramm auf 50–100 pro Jahr verbessert! Es ist sehr wichtig, dass EAfrica seine Programme auf andere Regionen ausdehnt. So können noch mehr Leute lernen, wie man die natürlichen Ressourcen am besten nutzt.“

Auch im benachbarten Sambia hat der Raubbau an den natürlichen Ressourcen zu hohen Produktionseinbußen geführt und gefährdet das Überleben weiter Bevölkerungsgruppen – fast jeder zweite Sambier ist unterernährt. Mit einem gemeinsamen Projekt wollen EAfrica und der Weltfriedensdienst bewährte Methoden nun auf den Chibombo-Distrikt südlich der Hauptstadt Lusaka übertragen.



Helfen Sie, die wichtige Arbeit von EAfrica auszuweiten und zu sichern. Für Ihre Spende und Ihr Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

Spendenstichwort: **EAfrica**

WFD-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft, Konto 31 47 505, BLZ 100 205 00

Spenden sind steuerabzugsfähig lt. Freistellungsbescheid d. Finanzamts f. Körperschaften I v. 7. 6. 2009 (Nr. 27/681/51497)